

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXV/119

Bonn, den 1. Juli 1970

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:  
-----

Seite Zeilen  
-----

1 - 2 Feste Stütze der europäischen Gemeinschaft 52

Zum Besuch des französischen Staatspräsidenten Pompidou  
Von Conrad Ahlers, Staatssekretär im Bundeskanzleramt und  
Sprecher der Bundesregierung

3 - 4 Hinter dem Frieden gibt es keine Existenz 54

Eine notwendige Antwort an den CDU-Generalsekretär  
Von Hans-Jürgen Wischnewski MdB,  
Bundesgeschäftsführer der SPD

5 - 6 Legales Kidnapping? 82

Sorgen der südkoreanischen Studenten in der Bundesrepublik  
Von Georg Schlaga, SPD-MdB

### Feste Stütze der europäischen Gemeinschaft

---

Zum Besuch des französischen Staatspräsidenten Pompidou  
Von Conrad Ahlers, Staatssekretär im Bundeskanzleramt und  
Sprecher der Bundesregierung

Die regelmäßigen deutsch-französischen Konsultationstreffen, die mit dem Besuch von Staatspräsident Pompidou, von Ministerpräsident Chaban-Delmas und mehreren Ministern am Ende dieser Woche in Bonn fortgesetzt werden, sind im Laufe der Jahre weit mehr geworden als eine traditionelle Praxis. Sie sind eine wirksame Institution und damit ein Beispiel für die Möglichkeit sehr enger Zusammenarbeit zwischen befreundeten Staaten. Sie demonstrieren die besonderen Beziehungen, die zwischen Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland bestehen.

Das Werk, das Charles de Gaulle und Konrad Adenauer begonnen haben, wird jetzt von Präsident Pompidou und Bundeskanzler Brandt fortgesetzt. Es ist eine feste Stütze für die europäische Gemeinschaft, die eben mit den Verhandlungen über ihre Erweiterung begonnen hat und an deren Vertiefung kontinuierlich weitergearbeitet wird. Deshalb ist es selbstverständlich, daß das Thema der europäischen Kooperation auf den verschiedensten Gebieten im Mittelpunkt der Gespräche zwischen Präsident Pompidou und Bundeskanzler Brandt stehen wird.

Niemand kann leugnen, daß Europa mit und seit der Gipfelkonferenz im Haag einen großen Schritt vorwärts getan hat. Die Abmachungen, die dort getroffen wurden, wurden eingehalten. Damit wurde der Weg frei für die Aufnahme der Verhandlungen mit den beiträttswilligen Ländern. Die Gemeinschaft wird sie in gutem Glauben und mit der festen Absicht führen, einen Erfolg zu erzielen. Die Zeit der Stagnation in Europa ist vorbei, Bonn und Paris ziehen

auch hier wieder an einem Strang.

Ein weiterer Themenkreis wird die Beziehungen zum Osten und die internationale Lage umfassen. Mit dem Budapester Kommuniqué haben die Warschauer Faktstaaten auf die Signale der NATO von Reykjavik und Rom reagiert. Damit ist ein neues interessantes Element in die Debatte der Ost-West-Beziehungen eingeführt worden. Es berührt die Sicherheit Westeuropas wie auch die Aussichten für eine europäische Konferenz. Die Bundesregierung wird ihre Haltung zu diesen Fragen wie auch ihr weiteres Vorgehen in der Ostpolitik weiterhin genau mit Frankreich und ihren anderen Verbündeten abstimmen.

Befürchtungen, die hier und dort vorhanden sein mögen, daß diese Ostpolitik der westeuropäischen Integration zum Schaden gereichen könne, sind unbegründet. Beides steht nicht im Widerspruch zueinander, sondern ergänzt sich. Die Bundesregierung bleibt sich der Tatsache bewußt, daß ihre Ostpolitik nur mit Hilfe ihrer Freunde zum Ziel geführt werden kann, und daß die Verankerung der Bundesrepublik im Westen nicht gelockert werden darf.

In dieser Hinsicht steht die immer enger werdende Verflechtung zwischen Frankreich und Deutschland an erster Stelle. Sie ist ein Ergebnis der mannigfaltigen Kontakte, die sich zwischen den beiden Ländern auf der Grundlage des deutsch-französischen Vertrages vom Januar 1963 ergeben haben. Der Bericht der interministeriellen Kommission der Bundesregierung über die Zusammenarbeit mit Frankreich in der Zeit vom 1. Januar bis zum 30. Juni legt davon Zeugnis ab. Er enthält den Satz, daß diese Zusammenarbeit heute, auch nach französischer Ansicht, unwiderruflich zum festen Bestandteil der Politik beider Länder gehört.

- + -

Hinter dem Frieden gibt es keine Existenz

---

Eine notwendige Antwort an den CDU-Generalsekretär

Von Hans-Jürgen Wischniewski MdB,  
Bundesgeschäftsführer der SPD

"Wir wissen, daß es hinter dem Frieden keine Existenz mehr gibt". Diese lapidare Feststellung des Bundespräsidenten Dr. Dr. Gustav W. Heinemann läßt kein Deuteln zu. Frieden ist für alle Menschen, wo immer sie auf dieser Erde leben, dasselbe. Dasselbe ist für sie auch der Krieg, der nach Heinemann kein Naturereignis wie etwa Erdbeben oder Gewitter ist, sondern immer das Werk von Menschen. Auch Frieden ist immer das Werk von Menschen, das Werk von uns allen.

Krieg und Frieden, Frieden und Krieg sind glasklare Begriffe, der eine besagt Tod und bestenfalls Siechtum und erdrückende Not. Der andere besagt mehr als Überleben, er besagt Leben, das lebenswert ist. Die Friedenspolitik der Sozialdemokraten, ihre Politik für den Frieden, für die Erhaltung und Sicherung des Friedens besagt Politik für ein Leben, das lebenswert ist. Ein lebenswertes Leben für alle, die Menschenantlitz tragen, wo immer sie auf dieser Erde leben, ob in den beiden Deutschland, ob in Europa, ob in anderen Erdteilen und gleich unter welchen Regimen.

Für uns deutsche Sozialdemokraten ist es selbstverständlich, daß der Frieden, den wir für uns und unser Volk erstreben und den wir für uns und unser Volk sichern wollen, ein Frieden in Freiheit ist. Das braucht uns keiner vor- oder nachzurechnen, das kann uns keiner vorhalten wollen. Für einen solchen Frieden in Freiheit sind unsere Großväter vor über 100 Jahren angetreten, haben unsere Väter und haben wir gekämpft und werden wir und unsere Söhne und Enkel immer eintreten und kämpfen. Wir wären keine Sozialdemokraten, wünschten und wollten wir nicht, daß alle Menschen auf dieser Erde in diesem freien Frieden leben könnten. Ein solches Leben ist unmittelbarer und konsequenter Ausfluß ihres Selbstbestimmungsrechtes.

Über das sie selbst zu entscheiden haben. Über allem aber steht zuerst der Wunsch und die Forderung nach Frieden, hinter dem es, so sagte Heinemann mahnend und warnend, keine Existenz mehr gibt. Also auch kein Leben.

Ich sage das hier in so bitterem Ernst, weil der Generalsekretär der CDU, Dr. Bruno Heck, den unqualifizierbaren Versuch unternommen hat, aus der von ihm und seinesgleichen betriebenen totalen Negation heraus, die Friedenspolitik der deutschen Sozialdemokratie zu disqualifizieren. Die Oppositionsagitation der CDU-Führung mag bisher verlaufen sein wie sie will. Hier aber ist sie an einem Punkte angelangt, an der es für Sozialdemokraten kein Pardon mehr geben kann. Dr. Heck ist mit seiner abenteuerlichen Unterstellung, wir bräuchten einer Friedenspolitik, die, so Heck, "um des lieben Friedens willen geführt" werde, die Freiheit zum Opfer, so daß also unsere Politik, die sozialdemokratische Friedenspolitik diesen Namen nicht verdiene, genau um den einen Schritt zu weit gegangen, den auch der verblendetste Politagitator nicht gehen darf.

Dr. Hecks Position kann und darf nicht die Position der christlichdemokratischen Union sein. Wir wissen, daß es in der CDU große und starke Kräfte gibt, denen die nationale und europäische Gemeinsamkeit der demokratischen Parteien in der Bundesrepublik kein leeres Wort ist. Diese Gemeinsamkeit kann und darf, ungeachtet des Wahlstreits und ungeachtet aller sonstigen Differenzen, nicht gefährdet werden, weil wir sonst alle gefährdet sind. Denn wir wissen mit Heinemann, daß es hinter dem Frieden keine Existenz mehr gibt.

### Legales Kidnapping?

Sorgen der südkoreanischen Studenten in der Bundesrepublik

Von Georg Schlaga, SPD-MdB

In der Bundesrepublik befinden sich gegenwärtig etwa 500 südkoreanische Studenten, von denen 50 bis 100 seit Beginn dieses Jahres unerwartet zum Wehrdienst in ihr Heimatland zurückgerufen worden sind. Das ist an sich ein ganz legaler Vorgang. Die südkoreanische Regierung verstößt jedoch eindeutig gegen die Charta der Menschenrechte, wenn sie im Falle der Weigerung den Angehörigen und Bürgern der Studenten hohe Geldstrafen (bis zu umgerechnet 13.000 DM) oder Gefängnisstrafen androht.

Von vier der betroffenen Studenten ist bekannt, daß sie wehruntauglich sind. Amtsärztliche Bescheinigungen und Atteste einer deutschen Universitätsklinik wurden nicht anerkannt, ja, die Botschaft weigerte sich, auch nur deren Übersetzung ins Koreanische zu beglaubigen. Auch auf Studenten, die kurz vor dem Examen oder der Promotion stehen, wird keine Rücksicht genommen.

Das Verhalten der südkoreanischen Regierung wirkt umso befremdlicher, wenn man bedenkt, daß Südkorea zur Zeit 608.000 Soldaten unter Waffen und 2,5 Millionen ausgebildeter Soldaten in Reserve hat. Das ist gemessen an der Einwohnerzahl Südkoreas von 30 Millionen die größte Armee der Welt. Angesichts dieses Sachverhalts und der Tatsache, daß viele der einberufenen Studenten mehrere Monate auf einen Platz bei den Streitkräften warten müssen, ist der Hinweis der südkoreanischen Regierung auf die angeblich ständig wachsende Bedrohung durch Nordkorea wenig überzeugend.

Viel eher muß man vermuten, daß dem autoritären südkoreanischen Militärregime daran gelegen ist, die im Ausland politisierten südkoreanischen Studenten durch einen dreijährigen Wehrdienst im Lande wieder unter Kontrolle zu bekommen. Dem Vernehmen nach zählt die südkoreanische Armee zu der am härtesten ausgebildeten Armee der Welt. Die Art ihrer Kampfführung im Vietnamkrieg bestätigt diese Vermutung.

Bisher blieben alle Bemühungen des Auswärtigen Amtes um eine zufriedenstellende Regelung ebenso erfolglos wie mein persönliches Gespräch mit dem südkoreanischen Botschafter in Bonn, Lii. Auf meine dringende Bitte hin verwendete sich auch Außenminister Scheel bei seinem Besuch in Seoul für den Aufschub der Einberufungen bis zum jeweiligen Studienabschluß der Studenten. Der südkoreanische Außenminister verwies jedoch auf Probleme der Wehrgerechtigkeit und erklärte, daß die Regierung Park unter dem Druck der Öffentlichkeit stehe, weil sich die meisten der im Ausland befindlichen Südkoreaner, die ihren Wehrdienst noch nicht abgeleistet haben, ihre Ausreisegenehmigung mit Bestechungsgeldern erkaufte hätten. Im Übrigen sei das Ganze

eine rein innerkoreanische Angelegenheit. Gerade das muß man aber verneinen, weil die Rückkehr der Studenten durch menschenrechtswidrige Sippenhaft erzwungen wird. Außerdem hat die Bundesrepublik ein wohlbegründetes Interesse daran, daß die südkoreanischen Studenten ihr Studium hier abschließen. Angesichts der hohen Kosten für einen Studienplatz (jährlich 20.000 DM und Stipendien) bedeutet jedes abgebrochene Studium einen großen finanziellen Verlust und verschärft den Studienplatzmangel in der Bundesrepublik, ohne daß das Heimatland der Gaststudenten davon profitiert. Man sollte annehmen, daß auch der Republik Südkorea mit vollausgebildeten Wissenschaftlern mehr gedient ist als mit einigen Rekruten. Für die betroffenen Studenten bedeutet der Abbruch ihres Auslandsstudiums meist auch dessen Ende, weil eine dreijährige Unterbrechung und die hohen Reisekosten die Wiederaufnahme des Studiums nahezu unmöglich machen.

Das verbale Zugeständnis der südkoreanischen Regierung, wenigstens in "besonderen Härtefällen" von der vorzeitigen Rückberufung abzusehen, ist bisher in mindestens einem Fall der Wehruntauglichkeit nicht erfüllt worden. Ob ein von 50 SPD-Abgeordneten unterzeichnetes Telegramm an die Regierung in Seoul vom 17. Juni Erfolg haben wird, bleibt noch abzuwarten.

Mit Hilfe evangelischer Studentenpfarrer, des VDS und von Amnesty International sind mir bisher 15 Studenten bekannt geworden, die unter den gegebenen Umständen nicht nach Südkorea zurückkehren wollen. Ihre Zahl liegt jedoch mit Sicherheit höher, weil sich viele Betroffene aus Angst vor Repressionen nicht aktiv um Hilfe bemühen mögen. Abgesehen von den beschriebenen Drohungen gegen Familienangehörige und Bürger liegt das besondere Problem dieser Studenten darin, daß ihre Visa und damit auch ihre Aufenthaltsgenehmigungen für die Bundesrepublik abgelaufen sind. Die meisten von ihnen wollen nicht um politisches Asyl nachsuchen, weil sie dadurch bei vielen ihrer Landsleute in Mißkredit geraten würden. Ich bin daher der Meinung, daß im deutschen wie auch im südkoreanischen Interesse ein Aufenthaltsstatus geschaffen werden muß (und zwar nicht nur für südkoreanische Studenten), der verhindert, daß ausländische Studenten vor Abschluß ihres Studiums willkürlich und unter Druck der Regierung in ihr Heimatland zurückbeordert werden. Es muß geprüft werden, ob ein solcher Status einseitig oder gegebenenfalls bilateral zustande kommen kann. Möglicherweise könnte sich eine Regelung an dem Sonderstatus der seit August 1968 in der Bundesrepublik lebenden CSSR-Bürger orientieren.

In jedem Fall muß die Bundesregierung verhindern, daß wiederum südkoreanische Bürger durch Gewaltanwendung (diesmal in Form von Sippenhaft - 1967 in einer direkten Entführungsaktion) zur Heimkehr in ihr Land gezwungen werden. Dabei ist Eile geboten, weil bereits Gerüchte umgehen, wonach die südkoreanische Regierung ab Mitte Juli ihre Drohungen vollends wahr machen will.

+ + +